

Chantal Mouffe *

Die Demokratie und die Neue Rechte **

»Das Blatt wendet sich« erklärt Milton Friedman am Schluß seines neuen Buches »Free to choose«, dessen Hauptthesen auch in einer Fernsehserie vorgestellt wurden, die in Großbritannien und den USA 10 Wochen lief und deren Ziel es offensichtlich war, genau zu der Veränderung der öffentlichen Meinung gegenüber dem Wohlfahrtsstaat beizutragen, die Friedman angekündigt hatte. Nach einigen Jahrzehnten von Staatsinterventionen in allen Bereichen des sozialen Lebens und angesichts des Scheiterns westlicher Regierungen, ihre erklärten Ziele zu erreichen, beginnen die Leute – seiner Meinung nach –, die Gefahren einer »überregierten« Gesellschaft und die Bedrohung der Freiheit des Menschen, die sich durch die Konzentration der Macht in den Händen der Bürokratie geltend macht, zu erkennen. Diese weitverbreitete Reaktion gegen eine allzu stark intervenierende Regierung ist die Ursache für die Niederlage der Sozialdemokratischen Parteien und deren Politik in vielen Ländern und trägt zur Schaffung eines neuen Standpunktes bei, der im klaren Gegensatz zu den vorherrschenden Gedanken des Fabian-Sozialismus und des New Deal-Liberalismus der letzten 50 Jahre steht.

Wenige werden heute abstreiten, daß sich die entwickelten kapitalistischen Länder in der Krise befinden. Es existiert in der Tat ein überraschendes Einverständnis zwischen Marxisten, Konservativen und Liberalen über die Existenz einer solchen Krise. Die Diagnosen mögen unterschiedlich sein, aber die Analysen, (mit Ausnahme der der orthodoxen Marxisten, die schon immer davon ausgingen, daß wir schließlich den Augenblick des endgültigen Zusammenbruchs des Kapitalismus erreicht haben), wie die »Krise des Staates« (Poulantzas), die »Legitimationskrise« (Habermas), die »Kulturkrise« (Bell) und die »Krise der Demokratie« (Huntington), heben alle trotz ihrer Unterschiede ein gemeinsames Merkmal hervor: Einen Mangel an Vermittlung zwischen den politischen und den ökonomischen Strukturen in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Dieser Mangel ist Resultat einer Überforderung, der der Staat nicht gerecht werden kann, ohne inflationäre Prozesse in Gang zu bringen und damit die Profitabilität kapitalistischer Unternehmen aufs Spiel zu setzen. Der interventionistische Staat der letzten Jahrzehnte ist deshalb heute mit einem Dilemma konfrontiert, das Claus Offe in folgender Weise darstellt: »Der kapitalistische Staat erleidet eine Überbelastung an Forderungen und Erfordernissen, die er nicht befriedigen kann, ohne die kapitalistische Grundlage seiner Ökonomie zu zerstören, oder seine eigene institutionelle Struktur und die damit sichergestellte Regulierung des Klassengegensatzes zu untergraben.«¹

* Chantal Mouffe lebt in London.

** Aus dem Englischen übersetzt von Brigitte Berger.

Es ist der Konflikt zwischen den miteinander verbundenen Imperativen der Akkumulation und der Legitimation, die James O'Conor als zwei grundlegende und oft widersprüchliche Funktionen des kapitalistischen Staates bezeichnet², denen er nachkommen muß, und der den Ursprung der Unregierbarkeit westlicher Demokratien in der heutigen Zeit bildet. Dieser Konflikt, der noch durch die Auswirkung der wirtschaftlichen Rezession verstärkt wird, zerstört die zerbrechliche Grundlage der herrschenden Ideologie einer liberalen Demokratie, durch die der Konsens nach dem Krieg gefestigt worden war.

In »The Life and Times of Liberal Democracy« hat C.B. Macpherson den langwierigen Prozeß analysiert, in dessen Verlauf seit dem frühen 19. Jahrhundert Liberalismus und Demokratie mit dem Ziel angestrebt wurden, die moralischen Prinzipien, die die Attraktivität demokratischer Ideale ausmachten, mit den Realitäten einer bürgerlichen Klassengesellschaft in Einklang zu bringen.

Jene lange und komplizierte Transformation, deren Antrieb der Klassenkampf war (ein Aspekt, der von Macpherson nicht ausreichend herausgearbeitet wurde) durch die der liberale Staat demokratisiert und die Demokratie liberalisiert wird, findet im 20. Jahrhundert mit dem »Gleichgewichtsmodell« ihren Höhepunkt, das im Jahre 1941 erstmalig von Schumpeter in »Capitalism, Socialism and Democracy« formuliert und später von Dahl und der Pluralistischen Schule weiterentwickelt wurde. Die vielen Abhandlungen über den »pluralism-elitism« machen schnell deutlich, wie eine solche Theorie die Demokratie verarmen läßt, indem sie sie als eine bloße Konkurrenz der Eliten definiert³. Aber ein solches Demokratiekonzept, das nicht die wirkliche Partizipation der Massen, sondern ihre Passivität postuliert, war notwendig für das Funktionieren des Kapitalismus. Und er funktionierte auch in den darauffolgenden Jahrzehnten auf der Grundlage des wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Krieg, während der Staat entsprechend keynesianischer Richtlinien intervenierte, um die Vollbeschäftigung zu erhalten und das Wirtschaftswachstum zu sichern. Genau zu diesem Zeitpunkt wagte Daniel Bell im Jahre 1960 die Ankündigung vom »Ende der Ideologie« und dem Beginn eines neuen Zeitalters, in dem der Pragmatismus auf dem Gebiet der sozialen Reformen vorherrschend und kein Platz mehr für revolutionäre Phrasen sein wird.

Nichtsdestotrotz, das Buch war gerade veröffentlicht, als die Bürgerrechtsbewegung in den USA und etwas später die internationale Studentenbewegung diese voreiligen Voraussagen widerlegten. Seit damals hat die Entwicklung und die Verstärkung des neuen Antagonismus, der durch die wachsende Anzahl von Staatsinterventionen auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Reproduktion in Verbindung mit der durch die Energiekrise bedingten Rezession hervorgerufen wurde, zu dieser Überforderung des Staates geführt, die die Krise der Demokratie ausgelöst hat, wie sie von den Experten der Trilateralen Kommission diagnostiziert wurde. Ihrer Meinung nach verdeutlicht die gegenwärtige Krise jene Gefahren, die im Funktionieren der Demokratie selbst liegen, in der politische Parteien dazu neigen, zu viel zu versprechen, um Stimmen zu gewinnen. Sie erklären, daß die einzige Lösung die Reduzierung der Erwartungen und der politischen Partizipation der Massen sei.

In der Tat erleben wir heute eine Krise der liberalen Demokratie, die den von Grund auf widersprüchlichen Charakter einer Ideologie enthüllt, die versucht, zwei gegensätzliche Prinzipien auszusprechen. Alan Wolfe definiert den Liberalismus als eine Ideologie, die dazu bestimmt ist, die freie Marktwirtschaft mit allen Begleiterscheinungen entstehen zu lassen, zu schützen und zu fördern, und die Demokratie als ein politisches Ideal, das das Prinzip sozialer Gleichheit und politischer Partizipation vereinbart. Daraus zieht er den

überzeugenden Schluß: »Die Schwierigkeit der liberalen Demokratie ist, daß der Liberalismus die Logik der Demokratie und die Demokratie die Logik des Liberalismus bestreitet, aber keiner von beiden ohne den anderen existieren kann.«⁴ In Zeiten des Wachstums konnte ein solcher Widerspruch mehr oder weniger gut bewältigt werden, aber die Zeit ist gekommen, in der es notwendig geworden ist, das Ideal des Liberalismus von den Gefahren der Demokratie zu trennen. In seinem Bericht für die Trilaterale Kommission spricht Huntington sehr offen über diese Notwendigkeit und führt aus, daß es heute zum Schutz der Realisierung des amerikanischen Liberalismus notwendig ist, daß die Liberalen sich dem Konservatismus zuwenden. Es gehört tatsächlich zum konservativen Gedankengut, daß der Liberalismus die Waffen finden wird, die er braucht, um seinen lästigen Partner zu eliminieren oder zumindest zu neutralisieren, indem er die beiden Stützpfeiler, auf denen das Ideal der Demokratie ruht, aushöhlt: Die soziale Gleichheit und die politische Partizipation.

I. Von der liberalen Demokratie zum liberalen Konservatismus

Was auf dem Spiel steht ist die Neuorganisierung der herrschenden Theorie, deren Ziel es ist, die ideologischen Parameter der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften zu verändern, um sie an die neue soziale und politische Strategie, die durch die Krise erforderlich wird, anzupassen, und um ein neues Gemeinschaftsgefühl bei den Massen zu erwecken, das sie besser auf die bevorstehenden harten Zeiten vorbereitet. Diese Neuorganisierung findet statt durch eine neue Definition der existierenden Elemente der vorherrschenden Diskurse und durch die Gegenüberstellung fundamentaler Thesen des Liberalismus mit speziell ausgesuchten konservativen Thesen, woraus sich eine neue Zusammensetzung ergibt, die wir als »Liberalen Konservatismus« bezeichnen können. Im Verlauf der Herausarbeitung und Weiterentwicklung dieser neuen Ideologie können wir in der Hauptsache drei ideologische Quellen unterscheiden: Die Neo-Liberalen, die Neokonservativen und die Neue Rechte. Diese Kategorisierung ist ziemlich ungenau und wird von den Betroffenen nicht immer akzeptiert, sie ist aber sehr nützlich zur Differenzierung von drei Bewegungen, deren Thesen und Orientierung in vielen Punkten spezifisch und manchmal sogar entgegengesetzt sind, die aber die Hauptthesen einer neuen Problematik darstellen.

Die Neoliberalen

Die erste Notwendigkeit ist die einer neuen Definition des Liberalismus, der auf Grund seiner Verbindung mit Demokratie einige gefährlich radikale Nebenbedeutungen erhalten hat. Hier gehen die Hauptimpulse von der neoliberalen Schule der sozialen Marktwirtschaft aus. Diese Gruppe entstand in den 40er Jahren als Reaktion auf den Aufstieg von Kommunismus und Faschismus und ihre Mitglieder aus aller Welt organisierten sich um die Zeitschrift »Ordo« und die »Mont Pélerin Society«.⁵ Einer ihrer einflußreichsten Mitglieder ist Friedrich Hayek, dessen Arbeit besonders zur Neuauflage der Prinzipien der liberalen politischen Ökonomie beitrug. Seiner Auffassung nach ist der Liberalismus die Lehre, die auf eine bis auf das Minimum reduzierte Macht des Staates insistiert, um das höchstmögliche politische Ziel zu erreichen: Die Freiheit. Unter »Liberty« oder »Freedom«

(er benutzt die Wörter austauschbar) versteht Hayek »die Bedingungen der Menschen, unter denen die Gewalt einiger über andere soweit es in einer Gesellschaft möglich ist, beseitigt sind«⁶ - oder noch genauer, die Bedingung »unter der ein Mensch nicht dem Zwang durch das willkürliche Denken eines anderen oder mehrerer anderer unterworfen ist«⁷ Das ist für ihn die wirkliche Bedeutung des Begriffs Freiheit und er nennt es »individuelle Freiheit«, um ihn von anderen Interpretationen dieses Begriffes zu unterscheiden. In der Tat läßt er nicht außer Acht, daß diese Definition alles andere als die heutzutage vorherrschende Definition von Freiheit ist. Zwei andere Bedeutungen sind geläufiger: Freiheit als: »die Möglichkeit unsere Wünsche zu erfüllen, oder die Wahl zwischen Alternativen, die uns offenstehen« (Freedom as power), demgemäß sind Armut, Mangel an Bildung und Arbeitslosigkeit Verhinderung von Freiheit, weil sie dem Individuum die angebotenen Möglichkeiten beschränken. Eine andere wichtige Bedeutung ist die Freiheit als »Teilnahme der Menschen an der Wahl ihrer Regierung, bei der Gesetzgebung und der Kontrolle ihrer Verwaltung« (political freedom). Hayek hingegen sagt, daß die politische Freiheit kein notwendiger Bestandteil der individuellen Freiheit sei, und von dieser unterschieden werden müsse, und daß »Freedom as power« als sehr gefährliche Definition abzulehnen sei, da sie zur Legitimation unbegrenzter Staatseingriffe und damit zur Zerstörung der Freiheit des Individuums führen könne. Genau das versucht der Liberalismus zu vermeiden und es sei daher notwendig, die Freiheit des Individuums von der Beschränkung durch den Staat zu schützen durch die Abgrenzung der Sphäre, die frei von Staatseingriffen ist. So gesehen bezieht sich die Freiheit natürlich in erster Linie auf die ökonomische Freiheit, das heißt auf ein »freies Unternehmertum, das den Regeln des Marktes unterworfen ist und in dem Regierungseingriffe streng auf die Angelegenheiten begrenzt sind, die durch den Markt überhaupt nicht oder nur mit so großen Kosten geregelt werden können, daß die Benutzung politischer Wege vorzuziehen wäre«⁸. Ein solches Konzept, das die Grundlage der sozialen Marktwirtschaft bildet, beinhaltet die Vorstellung, daß die Regierung fast ihre gesamten Wohlfahrts- und Regulierungsfunktionen aufgeben sollte und sich auf die Sicherstellung der Geldstabilität durch die Kontrolle des Geldumlaufs und auf die Aufrechterhaltung der freien Konkurrenz, der Sicherheit des Eigentums und der Einhaltung von Verträgen beschränken sollte. In den Worten Keith Josephs: »Die Regierung kann dazu beitragen, den Kreislauf aufrechtzuerhalten, die Infrastruktur bereitzustellen, die Währung stabil zu halten, gesetzliche Rahmenbedingungen sowie die Durchsetzung von Recht und Ordnung, die Sicherheit, das Recht auf Eigentum und alle anderen dem ökonomischen Prozeß zugrundeliegenden Rechte zu gewährleisten«⁹. Nach Ansicht der Neoliberalen ist eine freie Marktwirtschaft notwendige (und wie sich herausstellt ausreichende) Bedingung um die Freiheit des Individuums sicherzustellen. Ihr Argument ist die Unteilbarkeit der Freiheit, die es unmöglich macht, »Freiheit auf politischem und intellektuellem Gebiet ohne Freiheit auch auf dem Gebiet der Ökonomie zu wollen und ohne die unfreie Kollektivordnung abzulehnen.«¹⁰

In »Capitalism and Freedom« hat Milton Friedman versucht aufzuzeigen, daß eine »Freie Tauschwirtschaft mit Privatunternehmen« für eine entwickelte Gesellschaft die einzige Form einer sozialen Organisation darstellt, die das Prinzip der Freiheit des einzelnen respektiert, weil sie das einzige ökonomische System ist, worin die ökonomischen Aktivitäten einer großen Anzahl von Menschen ohne Zwang koordiniert werden könnten. Sein Argument besteht aus dem Nachweis, daß in einem Modell mit einfachem Warentausch zwischen direkten Produzenten, der Austausch nur dann stattfindet, wenn alle Beteiligten ei-

nen Nutzen daraus ziehen, und er deshalb ohne Zwang stattfindet. Von da aus geht er über zum komplexeren Modell des Konkurrenzkapitalismus und erklärt: »wie in dem einfachen Modell ist auch in der komplexer Unternehmen und Geldwirtschaft die Zusammenarbeit völlig individuell und freiwillig, vorausgesetzt, a) daß die Unternehmen Privateigentum sind, so daß letztlich die vertragsschließenden Parteien Individuen sind, und b) daß die Individuen völlig frei den Eintritt in einen bestimmten Austauschprozeß entscheiden können, so daß jede Transaktion ganz und gar freiwillig ist«¹¹. In einer vernichtenden Kritik an dem Argument Friedmans hat Macpherson bewiesen, daß dieser Nachweis auf einem grundlegenden Irrtum beruht, weil er nicht in Betracht zieht, was die kapitalistische Wirtschaft vom Modell des einfachen Warenaustausches unterscheidet: Das Vorhandensein einer Gruppe von Individuen ohne Kapital, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen, um zu überleben. Und deshalb, so argumentiert Macpherson weiter, scheidet Friedmans Nachweis, weil im Kapitalismus »die Bedingung, die erforderlich ist, um jeden Austausch freiwillig zu machen, nicht die Freiheit ist, nicht in irgendeinem bestimmten Prozeß einzutreten ist, sondern die Freiheit, in gar keinen einzutreten«¹².

Bei Hayek ist die Verteidigung des kapitalistischen freien Marktes eher ein Resultat seiner Kritik an den Konsequenzen des Staatsinterventionismus als eine Rechtfertigung der positiven Auswirkungen der »unsichtbaren Hand«. Seiner Meinung nach erfordert der Schutz der individuellen Freiheit eine strenge Beschränkung der Gewaltausübung des Staates, die durch die »Herrschaft des Gesetzes« begründet sein muß. Damit meint Hayek nicht, »eine Herrschaft des Gesetzes selbst, sondern eine Regierung, die sich um die Einhaltung des Gesetzes bemüht«¹³. Es ist in der Tat eine außerjuristische Frage, die sich um die Eigenschaften bemüht, die Gesetze haben sollten um wirkliche Gesetze zu sein, was nicht für sämtliche Regierungsfunktionen gilt, sondern nur für die Begrenzung ihrer gewaltausübenden Funktionen. Er trifft eine strenge Unterscheidung zwischen Gesetz und Bürokratie und meint, daß der Staat gezwungen werden müsse, eine Reihe von Gesetzen einzuhalten und daß die Macht der Bürokratie streng begrenzt werden muß, damit sie aufhört, sich der Gesetze zu bedienen, um ihren Einfluß zu vergrößern. Denn, wenn diese Schwelle einmal überschritten ist, gibt es keine Möglichkeit, die Aneignung von in ihrem eigenen Ermessen liegenden Handlungsspielräumen durch die Regierung zu beenden, wodurch die Gesellschaft den »Weg der Sklaverei« betritt. Deshalb ist ein kollektivistisches System (und damit meint er jede Art des Staatsingriffs inklusive New Deal und Sozialstaat) immer schon der erste Schritt zum Totalitarismus und zur Zerstörung der Freiheit des Individuums. Hierin liegt der prinzipielle Grund seiner Ablehnung jeder Art von Planung und seiner Verteidigung des Marktes als regulierendem Prinzip.

Was die Demokratie angeht, sind weder Hayek noch Friedman im Prinzip gegen ihre Existenz, aber sie legen sich auf alles andere als ihre Verteidigung fest. Wie wir bereits früher erwähnt haben, ist für Hayek die politische Freiheit kein notwendiges Element der persönlichen Freiheit, und die Demokratie soll nicht als Ziel an sich angesehen werden, sondern als »ein Mittel, ein nützliches Ding zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens und der Freiheit des Individuums.«¹⁴ Wenn es zu dem Punkt kommt, an dem die Demokratie die Freiheit des einzelnen gefährdet, muß zweifellos letztere verteidigt werden. Und Friedman, der einen Unterschied aufmacht zwischen autoritären Regimen (mit ökonomischer Freiheit aber ohne Demokratie) und totalitären Regimen (ohne ökonomische Freiheit und ohne Demokratie) erklärt frei heraus, daß ein Liberaler den ersten Typ unter bestimmten Umständen akzeptieren könne, während das beim zweiten nie der Fall sein kann.¹⁵

Wenn der Liberalismus einmal gefaßt ist als die Verteidigung des freien Unternehmertums und der individuellen Freiheit, ist der nächste Schritt die Neudefinierung der Demokratie, und zwar dergestalt, daß ihr potentieller Antagonismus mit der Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geleugnet wird. Diese Veränderung findet über eine Kritik der zwei wichtigsten Lehrsätze des demokratischen Ideals, wie es heute formuliert wird, statt: Die soziale Gleichheit und die politische Partizipation. Hierbei spielen die Theoretiker einer Gruppe, die in den USA Neokonservative genannt werden, die wichtigste Rolle. Die geistige Herkunft dieser Gruppe unterscheidet sich stark von der der Neoliberalen. Sie setzt sich hauptsächlich aus Intellektuellen und Professoren renommierter Universitäten zusammen, die von einer linksliberalen Position auf eine konservative Kritik an der amerikanischen Gesellschaft geschwenkt sind.

Im Allgemeinen stehen sie dem Sozialstaat nicht feindlich gegenüber, aber sie üben starke Kritik an dem Projekt »great society«, das in den 60er Jahren zu einer Überbetonung des Sozialen geführt hat und damit am Anfang der Überforderung des Staates stand, die eine Autoritätskrise verursacht hat und damit die soziale Stabilität bedroht. Die Neokonservativen gehen davon aus, daß es das demokratische System ist, das den größten Beitrag zu der Überforderung des Staates geleistet hat. Der Bericht der Trilateralen Kommission aus dem Jahre 1975 über die »Regierbarkeit von Demokratien«, der eine ganze Reihe von Thesen des neokonservativen Gedankenguts zum Ausdruck bringt, zieht folgende Schlußfolgerung: »Neben den eigentlichen politischen Erfolgen, mit denen demokratische Regierungen konfrontiert sind, haben sich eine Menge spezifischer Probleme ergeben, die ein fester Bestandteil des Funktionierens der Demokratie selbst zu sein scheinen«¹⁶. Anhaltende Forderungen nach wachsender gesellschaftlicher Gleichheit werden als einer der Hauptfaktoren der gegenwärtigen Krise herausgesondert, weil sie die amerikanische Gesellschaft an den Rand des »egalitären Abgrunds« geführt haben. Was seit den 60ern passiert ist, ist eine Bedeutungsverschiebung von »Gleichheit« in zweifacher Sicht: 1. Das Abweichen von einer Gleichheit der Möglichkeiten zu einer Gleichheit des Resultats. 2. Das Abweichen von der Gleichheit zwischen einzelnen und der zwischen Gruppen. Dieser »New egalitarism« bedroht nach Daniell Bell das wahre Ideal der Gleichheit, dessen Ziel nicht eine »equality of results«, sondern eine »just meritocracy« ist¹⁷. Was Irving Kristol angeht, geht er davon aus, daß ein solches Konzept von Gleichheit der natürlichen Ordnung der Dinge widerspricht, weil »menschliche Talente und Fähigkeiten sich selbst nach einer glockenförmigen Kurve verteilen, wobei die meisten Leute in der Mitte liegen, und nur ein kleiner Prozentsatz an den unteren und oberen Enden« und er bestätigt, daß die amerikanische Gesellschaft exemplarisch ist, weil sowohl die Verteilung der Einkommen als auch die Verteilung des politischen Einflusses dieser glockenförmigen Kurve folgen.¹⁸

Hier können wir nun ziemlich deutlich sehen, daß das, was wirklich auf dem Spiel steht, hinter dem Vorwand der Neufassung des wahren Ideals der Gleichheit gegen die Verzerrungen des Egalitarismus, das Akzeptieren und die Legitimierung bestehender Ungleichheiten ist. Aber nach Ansicht der Neokonservativen reicht es nicht, das subversive Potential in der Bedeutung der Gleichheit zu zerstreuen, es ist außerdem erforderlich, das Feld politischer Partizipation zu verkleinern. Zbigniew Brzezinski schlug als Direktor der Trilateralen Kommission vor, das politische System immer mehr von der Gesellschaft zu trennen und sich die beiden Elemente als getrennte Dinge vorzustellen. Der Gedanke ist dabei,

Entscheidungen zunehmend der politischen Kontrolle zu entziehen und sie allein der Verantwortung der Experten zu überlassen. Eine solche Maßnahme zielt darauf ab, grundlegendere Entscheidungen nicht nur auf ökonomischem, sondern auch auf sozialem und politischem Gebiet zu depolitisieren. Das wird durch die Behauptung gerechtfertigt, daß Regierung und Demokratie im Gegensatz zueinander stehen, und daß, wenn komplexe Industriegesellschaften funktionieren sollen, sie einen wie Huntington es ausdrückt, »größeren Grad an Mäßigung in der Demokratie« brauchen¹⁹. Für Brezinski wäre eine solche Gesellschaft demokratisch in einem »libertären, negativen Sinn; Demokratie nicht was die Wahrnehmung einer Alternative bezüglich der Politik angeht, sondern im Sinne der Erhaltung bestimmter autonomer Bereiche für die Äußerungen der Individuen.«²⁰ Wie Peter Steinfelds in einer exzellenten Studie über die Neokonservativen betont: »Für die Neokonservativen heißt Demokratie nicht viel mehr als die Republik für die Gründerväter: Eine Regierung, die ihre Machtbefugnisse letztlich von der Zustimmung des Volkes ableitet, sie aber ausübt durch Repräsentation und damit in einem verfassungsmäßigen Rahmen arbeitet, der die Freiheiten, die in der Bill of Rights aufgeführt sind, bewahrt.«²¹

An diesem Punkt nähern sich die Gedanken der Neokonservativen einer der zentralen Thesen der Neoliberalen an, die ein grundlegendes Mißtrauen gegenüber Politikern und politischen Institutionen hegen, denen sie die Fähigkeit absprechen, die Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten mit der nötigen Kompetenz und Unparteilichkeit zu verrichten. Sie halten an der Möglichkeit fest, die Funktionen der Regierung, die immer noch unter demokratischer Kontrolle sind, an nicht-politische Einrichtungen zu übertragen. Solche Maßnahmen, in Verbindung mit denen, die darauf abzielen, das Feld der Regierungsinterventionen zu begrenzen, und die regulierenden Marktmechanismen wieder zu installieren, sollen den Staat von der Überforderung entlasten, unter der er leidet. Wenn er für eine Reihe sozialer Fragen keine Verantwortung mehr trüge, würde dies ebenfalls dazu beitragen, das gefährliche Konzept außer Kraft zusetzen, das mit dem Ausbau des Sozialstaats aufgekommen ist, und nach dem der Staat als die Hauptinstanz für die Verfolgung sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts angesehen wird mit direkter Verantwortlichkeit, was die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit angeht. Sowohl die Neoliberalen als auch die Neokonservativen stehen dem Gedanken der distributiven Gerechtigkeit kritisch gegenüber. Erstere, weil er ein Konzept von Gleichheit beinhaltet, das ihnen fraglich erscheint, letztere, weil er Eingriffe des Staates und eine Reihe von Zwangsmaßnahmen rechtfertigen würde, die sie ablehnen.

Außerdem, sagt Hayek, ist ein solcher Gedanke völlig unrealisierbar, da es keine objektiven Kriterien dafür gibt, die moralischen Verdienste eines Individuums und die entsprechende materielle Belohnung zu bestimmen. Demzufolge sind alle Entscheidungen bezüglich einer angemessenen Belohnung von vornherein durch die Willkür einer bestimmten Regierung gesetzt.²² Diese Opposition der Neokonservativen gegenüber der distributiven Gerechtigkeit erklärt ihre scharfe Kritik an der Arbeit John Rawls, den sie als einen der Theoretiker des »new egalitarianism« ansehen. Nach Frankels Ansicht finden wir in »A Theory of Justice« die grundlegenden Annahmen dieses Standpunktes, wenn Rawls behauptet, daß der Charakter eines Menschen »zu einem großen Teil von seinem Familienglück und seiner Umgebung abhängt, was nicht sein Verdienst ist.« Und er setzt seine Argumentation fort, daß ein solches Konzept abgelehnt werden muß, »eine Theorie der Gerechtigkeit, die das Individuum als ein nicht aktiv Betroffenes bei der Erfüllung seines Schicksals unterstellt, und der die Einschätzung des Lebens als einer Lotterie zugrunde-

liegt, stärkt höchstwahrscheinlich nicht das persönliche Verantwortungsgefühl der Menschen.«²³ Friedman erklärt, daß »faire Beteiligung für alle« der moderne Wahlspruch ist, der an die Stelle von Karl Marx: »Jedem nach seinen Bedürfnissen, jedem nach seinen Fähigkeiten« getreten ist.²⁴

Die neue Rechte

Der gleiche Angriff auf die Gleichheit findet auf der anderen Seite des Atlantik statt, nämlich in den Schriften einer Gruppe, die in Frankreich »La nouvelle Droite« genannt wird. Diese Bewegung organisiert sich um ein Zentrum zum Studium der europäischen Zivilisation (GRECE), zwei Zeitschriften »Eléments« und »La Nouvelle Ecole« und einen Verlag »Les Editions Copernics«. Sie unterhält enge Kontakte zum Club de l'Horloge, einer Gruppierung einflußreicher französischer Staatsbediensteter und Technokraten und hat seit 1977 mit der Herausgabe des »Le Figaro Magazine« unter Leitung von Louis Pauwel eine Anhängerschaft von einer halben Million Lesern gewonnen. Pauwel ist einer ihrer aktiven Befürworter, der den führenden Theoretiker der Gruppe, Alain de Benoist mitbrachte.

Die französische neue Rechte ist in ihrer Kritik der »Gleichheitsutopie« bei weitem radikaler als die Neokonservativen, einer Idee, die sie als lebensgefährlich für die westliche Zivilisation ansehen, weil sie sämtliche Unterschiede in der Gesellschaft zerstört.

Sie verkünden das Recht auf Andersartigkeit und lassen damit eine Hauptthese von 1968 wieder aufleben, und sie setzten Unterschied = Ungleichheit = Freiheit, während Gleichheit = Identischsein = Totalitarismus ist. Alain de Benoist erklärt: »Ich betrachte die Haltung der Rechten, die die Vielfalt der Welt und daher auch die daraus notwendigerweise resultierenden relativen Ungleichheiten anerkennt, als gut und die wachsende Homogenisierung der Welt, die durch die Diskussion der Ideologie des Egalitarismus verteidigt und realisiert wird, für schlecht.«²⁵ Die neue Rechte, die Gramscis Hegemoniekonzept (das von Benoist als grundlegender Beitrag angesehen wird) ihren Zielen hervorragend angepaßt hat, hat sich dazu entschlossen, um ihre intellektuelle Vormachtstellung zu kämpfen. Sie hat einen Kulturkrieg vom Zaun gebrochen, dessen Devise ist: »Gegen Totalitarismus, gegen Egalitarismus, gegen Rassismus. Für eine neue Kultur«. Es scheint etwas überraschend, daß eine rechtsgerichtete Bewegung sich explizit als antirassistisch vorstellt und es ist sehr interessant, die Ursprünge einer solchen Position zu analysieren. Unsere Kulturkrieger lehren, daß die Menschen ihre Unterschiede anerkennen und die Bedeutung der Vererbung, psychometrischer und soziobiologischer Auswirkungen akzeptieren sollen. (Sie gehen davon aus, daß die Biologie in Zukunft in der Politik genauso wichtig sein sollte wie bisher die Ökonomie.)

Es ist diese Betonung menschlicher Unterschiede, die es ihnen erlaubt, ihren Standpunkt so vorzutragen. Wenn aber diese Betonung der Unterschiede einmal in diesem anti-egalitären Zusammenhang auftaucht, wie Jean Francois Kahn betonte: »Was die Meister des GRECE wirklich meinen, ist zum Beispiel, daß ein 6-jähriges Kind, das in einem Test als besonders begabt aufgefallen ist, auf keinen Fall zu der gleichen Klasse gehören und die gleiche Erziehung genießen sollte wie ein weniger begabtes Kind gleichen Alters. Das heißt, die Elite muß sehr früh ausgelesen und streng von der Nicht-Elite getrennt werden; vererbte Kulturen sollten nicht vermischt werden, weil es sie pervertieren würde. Alles in allem sollten alle Besonderheiten sorgfältig erhalten und auch gegen jede Tendenz zur In-

tegration verteidigt werden. Genau das wird sehr effektiv in Südafrika durchgeführt und nennt sich Apartheid.«²⁶

Dieser Feldzug gegen die Gleichheit führt die Ideologen der neuen Rechten zu einer Herausforderung der gesamten christlichen Tradition Europas. Für sie liegt der Ursprung der egalitären Utopie im Christentum, das von Alain de Benoist »Bolschewismus der Antike« genannt wird. Mit dem Nietzsche-Zitat: daß »das Christentum uns der Früchte der antiken Zivilisation beraubt hat«, fährt er in seiner Argumentation fort, daß der Kult der Schwäche und Erniedrigung, den das Christentum verbreitete, den Zusammenbruch des römischen Reiches verursacht habe und den Ursprung des Gleichheitsmythos darstelle, der sich später als so destruktiv erwiesen habe.²⁷ Robert de Herte stellt die Sache folgendermaßen dar: »Gemäß dem klassischen Prozeß der Entwicklung und des Zerfalls von Zyklen, hat sich die These des Egalitarismus aus dem Stadium des Mythos (Gleichheit vor Gott) in das der Ideologie (Gleichheit vor den Menschen) und letztlich zu einem wissenschaftlichen Anspruch entwickelt (Nachweis der Existenz des Egalitarismus). Um es deutlicher zu machen: Vom Christentum zur Demokratie und später zum Sozialismus und Marxismus«²⁸.

Wie wir sehen ist es nicht nur das Ideal der Gleichheit, das hier in Frage gestellt wird, sondern hier geht es um einen direkten Angriff auf die Demokratie. Die französische Revolution wird als Meilenstein im Prozeß der Auflösung westlicher Kulturen vorgestellt, und de Benoist behauptet, daß es darum ginge, gegen den Geist der Menschenrechtserklärung von 1789 zu kämpfen. Denn das Ideal der Demokratie mit der bestimmenden Rolle, die dem allgemeinen Wahlrecht zukommt, setzt alle Individuen gleich, ungeachtet der gravierenden Unterschiede zwischen ihnen. Das führt zu einer Uniformierung und Vermassung der Bürger, denen eine einheitliche Norm auferlegt wird, was den totalitären Charakter der Demokratie ausmacht. Louis Pauwel erklärt: Damit Unterschiede zwischen den Menschen respektiert werden, sollte eine Gesellschaft in folgender Weise organisiert sein: »Dem Gehirn sollte die Souveränität entsprechen, den Muskeln die Verteidigung, dem Mund die Produktion.«²⁹

Ideen, die Gleichheit und Demokratie so offen und radikal angreifen, können (wie lange noch?) als zu extrem angesehen werden, um die vorherrschende Rolle bei der Transformierung der ideologischen Parameter in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften und bei der Herausbildung der neuen Ideologie des liberalen Konservatismus zu spielen. Wie wir gesehen haben, ist durch die neue Definition einer Reihe fundamentaler Kategorien wie Freiheit, Gleichheit, Demokratie und ihre Besprechung in einem Diskurs, dessen zentraler Grundsatz die Bestätigung der »Freiheit des Individuums als das letzte Ziel bei der Beurteilung sozialer Gefüge«³⁰ ist, die Ideologie der liberalen Demokratie von ihren Bindungen an die Verteidigung der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit getrennt worden und wandelt sich in einen »neuen Individualismus«, der die alte Botschaft der Selbsthilfe, Sparsamkeit und persönlichen Verantwortlichkeit verbreitet. Das Ziel einer solchen ideologischen Offensive ist es, den existierenden Gemeinsinn, der sich in sozialdemokratischen Werten ausdrückt, so zu verändern, daß sich die Erwartungen der Leute verringern, ihr Solidaritäts- und Verantwortungsgefühl gegenüber den Unterprivilegierten zerstört wird und sie auf den autoritären Gesellschaftstyp vorbereitet werden, wie er vielerorts schon existiert. Dieser Prozeß beginnt seine Früchte zu tragen und eine neue Definition der Realität taucht auf, nach der Ideen, die vor 10 Jahren untragbar schienen, heute schon fast als selbstverständlich hingenommen werden.³¹ Eine derartige Einstellungsänderung hat sicher eine

entscheidende Rolle bei der Machtübernahme der neuen Art von Konservatismus in Großbritannien und den USA gespielt.

II. Rechtsgerichtete Volksbewegung

Im Jahre 1970 hat Irving Kristol in einem Artikel, der in »The Public Interest« veröffentlicht wurde, die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, daß das liberal-konservative Ideal einer »freien Gesellschaft« sich völlig von dem einer »gerechten Gesellschaft« getrennt hat, und daß letztendlich jenes Ideal die Massen in einer modernen Gesellschaft nicht mehr ansprechen würde.³² 10 Jahre später ist der Sieg Margaret Thatchers in England und Ronald Reagans in den USA, den sie auf der Grundlage eines Programms errungen haben, das stark von den Theorien der sozialen Marktwirtschaft beeinflusst ist, ein deutlicher Gegenbeweis für diese Voraussage. Müssen wir daraus schließen, daß die Massen von dem abstrakten Gedankengut der Neoliberalen zu den Tugenden der Marktwirtschaft bekehrt worden sind? Offensichtlich ist dieses Phänomen wesentlich komplexer und verdient mehr Aufmerksamkeit.



Zuerst einmal ist, worauf wir bereits hingewiesen haben, seit dem Ende der 60er Jahre das sozialdemokratische Gemeinschaftsgefühl, in dem die 'soziale Gerechtigkeit' eine große Rolle gespielt hat, mehr und mehr durch die Betonungsverlagerung in der herrschenden Ideologie von der liberalen Demokratie zum liberalen Konservatismus ausgehöhlt worden; womit ein neues ideologisches Feld für den Erfolg einer rechten Bewegung gegeben ist. Auf der anderen Seite standen die Krise des Sozialstaats und die sie begleitende Frustration der Bürger am Beginn des Ausbruchs anti-staatlicher Gefühle und Reaktionen, die die Rechte im Sinne einer neoliberalen Kritik umsetzen konnte. Die Machtergreifung rechtsgerichteter Volksparteien ist also alles andere als ein Zufall. Sie wurde seit Mitte der 60er Jahre sowohl in Großbritannien als auch in den USA durch die Entwicklung einer Reihe von rechtsgerichteten Pressure Groups und Organisationen vorbereitet, welche populäre Gegenreaktionen auf die »nachsichtige Gesellschaft«, die »Gegenkultur« und den »kollektivistischen Staat« organisierten.³³ Die Auswirkungen zeigten sich ungefähr 1974 mit der Übernahme der Führung der konservativen Partei durch M. Thatcher und dem ersten öffentlichen Rückschlag für die Kampagnen der 60er Jahre mit den Ausschreitungen in Boston für die Erhaltung der Rassentrennung in den Schulen. Seit damals ist der Einfluß der neoliberalen Rechten ständig gestiegen, vor allem durch ihre Fähigkeit, eine Reihe von Gruppen, die sich wegen einzelner Fragen organisiert haben, in ein nationales Netzwerk einzubinden, was in beiden Ländern seinen Höhepunkt im Wahlsieg fand.

Einige Analysen des Thatcherismus haben gezeigt, wie dessen Aufstieg durch die genuine Unzufriedenheit der Bürger mit der Bürokratie und dem Verbändewesen des Sozialstaats in Großbritannien erleichtert wurde. In seinem wegweisenden Aufsatz »The Great Moving Right Show« schreibt Stuart Hall: »Der Staat wird von immer mehr arbeitenden Menschen in der Tat nicht als eine nützliche Institution, sondern als eine Belastung empfunden. Und diese Empfindung ist nicht so abwegig, da bei seinen tatsächlichen Funktionen im Bezug auf die Bürger der Staat immer weniger als Wohlfahrtsinstitution und mehr und mehr als Staat des 'Monopolkapitals' präsent ist.«³⁴ Die Identifizierung von Sozialstaat und Sozialdemokratie war offensichtlich ein mächtiger Trumpf in den Händen der Neokonservativen, aber sie mußten ihn auch richtig ausspielen, und man muß anerkennen, daß sie sehr erfolgreich für die Rechten ein weites Spektrum von Bürgernöten zum Ausdruck gebracht und damit eine Polarisierung geschaffen haben, in der »die Arbeiter untrennbar zum Staat stehen, und der Machtblock und Mrs. Thatcher untrennbar draußen 'beim Volk' sind.«³⁵ Der Thatcherismus wurde populär durch einen gut durchdachten Versuch, die Widersprüche für die Rechte zu vereinnahmen, die als Resultat aus der Entwicklung des Spätkapitalismus hervorgegangen sind. Zu diesem Zweck benutzt die Rechte das reiche Repertoire anti-dirigistischer und anti-egalitärer Thesen, die in den vielfältigen Schattierungen neokonservativer Ideologien verbreitet werden.

Die Eigenschaften der radikalen Rechten in den USA sind den britischen bemerkenswert ähnlich und hinter den offensichtlichen Unterschieden, die auf die spezifischen Bedingungen in beiden Ländern zurückzuführen sind, erkennt man den gemeinsamen Versuch, durch eine Art von rechtsgerichteter Massenbewegung eine neue konservative Mehrheit auf die Beine zu stellen.

Der Kampf setzt an zwei Hauptfronten an, und der Angriff auf den interventionistischen Staat wird kombiniert mit einer machtvollen Wiedererweckung traditioneller Werte bezüglich der Familie, der Rolle der Frau, der Abtreibung, der Homosexualität und anderer sozialer Fragen. Eine der erstaunlichsten Eigenschaften dieser Bewegung ist, daß sie versucht, Leute jenseits von Partei- und Klassenzugehörigkeit auf der bloßen Grundlage sozialer und moralischer Fragen zusammenzuschließen. In ihrem Kampf gegen den Staatsinterventionismus und der Kampagne für umfassende Steuerkürzungen nehmen sie ihre Munition von den Neoliberalen (vor allem dem Monetarismus Milton Friedmans und der kalifornischen Schule Arthur Laffers, dem Theoretiker der 'Proposition 13'), in ihrer moralischen und kulturellen Offensive haben sie sehr wichtige Anregungen und Argumente in den Arbeiten neokonservativer Vertreter wie Daniel Bell und Irving Kristal, bei deren ständigem Angriff auf die »Gegenkultur« und dem von ihnen verkündeten Bedürfnis nach Religion.³⁶

Ein sehr wichtiges Element der amerikanischen Variante der rechten Populistenbewegung ist die Verteidigung der patriarchalischen Ordnung. In einem aufschlußreichen Aufsatz haben Linda Gordon und Ellen Hunter nachgewiesen, wie sich kürzlich dem Rassismus ein neues Element hinzugesellt hat, der ursprünglich die zentrale Position in der konservativen amerikanischen Politik einnahm: »Rassismus als politische Kraft ist nicht zurückgegangen, sondern vereinheitlicht worden, und die gesamte Rechte ist gestärkt worden durch eine Reihe konservativer Kampagnen zur Verteidigung der Familie, einer restriktiven und heuchlerischen Sexualmoral und männlicher Vorherrschaft.«³⁷ In den vergangenen Jahren konnte man in den USA eine bemerkenswerte politische Gegenreaktion gegen die Schwulen- und Frauenbewegung beobachten, die in einer Vielzahl von Organisationen bezüglich

einzelner Fragen ihren Ausdruck fand: gegen die Gesetzesänderung zur Frauengleichberechtigung, gegen Abtreibung und gegen die Rechte der Homosexuellen. Die radikale Rechte war in der Lage, all jene profamiliären Vorgänge zu artikulieren (die einflußreichste Kraft ist die Evangelical Church von Rev. Jerry Falwell), und die Verteidigung traditioneller patriarchalischer Strukturen und des von Männern beherrschten Systems der Heterosexualität hat sich als starkes ideologisches Bindeglied bei der Neugruppierung der moralische Mehrheit bewährt, wie der Wahlsieg Reagans beweist.³⁸ In GB gibt es ein ähnlich patriarchalisches Element (auch wenn es zur Zeit weniger betont wird) des Thatcherismus, das, wie Tricia Davis und Catherine Hall feststellen, »nicht einfach nur ein Angriff auf die Rechte der Frauen, sondern vielmehr der Versuch ist, alte Ideologien wiederzubeleben und sie einzubringen in einen Konsens über die Rolle der Frau und die Natur des Feminismus als eine der ideologischen Stützen für die Umstrukturierung der Gesellschaft.«³⁹ In der liberalen Demokratie haben sich Privateigentum, Familie und Demokratie historisch in einer bestimmten Weise herausgebildet. Zur Zeit aber, wo die Tendenz spürbar wird, die Demokratie in den Hintergrund zu drängen, ist die wachsende Bedeutung, die der Familie beigemessen wird, nicht verwunderlich, und ich wage die Voraussage, daß die Familie eine immer größere Rolle in der aufkommenden Ideologie des liberalen Konservatismus spielen wird.

Verteidigung der Demokratie

Die Entwicklung des Monopolkapitalismus seit dem 2. Weltkrieg und die wachsenden Interventionen des Staates auf allen Ebenen des sozialen Lebens haben zu einer grundlegenden Veränderung der westlichen Gesellschaften und zu einem Bruch im traditionellen Politikkonzept geführt. In allen Bereichen, in die der Staat eingreift: Gesundheit, Wohnen, Erziehung, Energieversorgung etc., sind aus gesellschaftlichen Widersprüchen politische Widersprüche geworden, und die neuen Gegensätze sind dort zum Vorschein gekommen, wo der Staat als Unterdrücker wahrgenommen wird. Gleichzeitig sind die bereits existierenden Widersprüche aufgrund der Gegensätze zwischen den Geschlechtern und Rassen immer dringlicher geworden, und die gesamte Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft, die traditionell als private angesehen wurde, ist als Austragungsort politischer Kämpfe erkannt worden. Aber weder die alten Formen der Parteipolitik noch die neuere Form des Dreiparteienkorporatismus sind in der Lage, mit diesen »demokratischen Aufwallungen« fertig zu werden. Wir erleben deshalb die Freisetzung eines enormen Herausforderungspotentials der bestehenden Ordnung, das keine institutionellen Kanäle findet, um sich auszudrücken. Das bedeutet die Fortsetzung der neuen Bewegungen und Initiativen. Die meisten Widersprüche sind in sich nicht notwendig klassenspezifische und können in sehr unterschiedlicher Weise artikuliert werden, wie der kürzlich deutlich gewordene Erfolg des rechtsgerichteten Populismus bewiesen hat. Auf diesem Gebiet ist die Linke weit hinter der Rechten zurück. Mir scheint, daß das Versagen der sozialistischen Kräfte auf diesem Kampfplatz zwei Gründe hat:

1. Der bei ihnen vorherrschende Ökonomismus, der sie daran hindert, in ernsthaften Widersprüchen etwas anderes als den Klassengegensatz zu sehen und zu erkennen, daß ideologische Streitfragen ein mächtiger Faktor bei der Konstituierung und Vereinheitlichung sozialer und politischer Kräfte sein können.

2. Ihr weitverbreitetes dirigistisches Sozialismuskonzept und die Tatsache, daß sie bisher die Transformation der bürgerlichen Politik, von der die Durchsetzung des Keynesianismus begleitet war, noch nicht richtig erfaßt haben. Sie machen weiter wie bisher und stellen die Eingriffe des Staates als Mittel gegen sämtliche gesellschaftlichen Übel dar, ohne zu erkennen, daß die Bourgeoisie sie ihrer Flagge beraubt hat. Kein Wunder also, daß die Krise des Keynesianismus sie absolut unvorbereitet und ohne das Angebot einer wirklichen Alternative trifft, da ihre einzige Strategie der Linkskeynesianismus ist. Aus diesem Grunde konnten in vielen Ländern die Rechten aus der Krise des Wohlfahrtsstaates ihr Kapital schlagen. Dieser Rechtsruck ist allerdings noch nicht endgültig, glücklicherweise: es gibt Anzeichen dafür, daß diese Entwicklung gebremst und umgekehrt werden kann.⁴⁰ Aber wir brauchen eine radikale Neubestimmung dessen, was sozialistisches Ideal und sozialistische Strategie sein kann, wenn wir einen wirklich andauernden Sieg erzielen wollen, der eine linke Lösung der gegenwärtigen Krise einschließt. Eine Lösung, die auf der fundamentalen Demokratisierung der Gesellschaft beruhen müßte.

Was heute eindeutig auf der Tagesordnung steht, ist der Entwurf einer Strategie, die alle »Bruchstücke« der demokratischen Bewegung um eine sozialistisches Projekt vereinigen könnte. Das geht aber nicht ohne eine grundlegende Änderung der herrschenden Sozialismuskonzeption. Denn solange sie nur gefaßt ist als »Vergesellschaftung der Produktionsmittel«, hat sie sehr wenig zur Befriedigung der Forderungen der »neuen Bewegungen« zu bieten. Der Kampf muß auf einem viel niedrigeren Niveau aufgenommen werden, als gemeinhin in der Linken angenommen, und die Ausarbeitung einer sozialistischen Alternative muß sich mit allen Widersprüchen der Gesellschaft, nicht nur mit denen auf wirtschaftlichem Gebiet, auseinandersetzen. Das Ende der Gegensätze im Verhältnis der Geschlechter und der Rassen zum Beispiel sollte beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft genauso wichtig genommen werden wie die Beendigung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit.

Die Ausarbeitung und Verwirklichung einer solchen Strategie ist alles andere als einfach, und es ist nicht meine Absicht, die großen Schwierigkeiten, die gelöst werden müssen, zu verharmlosen. Ich möchte dennoch einige Anregungen zur Diskussion stellen. Es wird manchmal behauptet, daß es für eine Vereinheitlichung der verschiedenen Teile der demokratischen Bewegung keine Basis gäbe. Auf den ersten Blick sehen ihre Forderungen wirklich so verschieden, sogar partikularistisch aus, daß es ohne die Feststellung einer bereits vorhandenen Einigkeit, die auf einem gemeinsamem Punkt beruht: dem der kapitalistischen Produktionsweise, sehr schwierig zu sein scheint, die Behauptung zu rechtfertigen, daß eine Einheit hergestellt werden kann und hergestellt werden sollte. Trotz allem ist ein gemeinsames Element erkennbar, denn all jene Forderungen sind in der einen oder anderen Weise Ausdruck eines Kampfes um Gleichheit und Mitbestimmung, gegen Unterdrückung und Ausschluß. Sie zeigen die Notwendigkeit einer Demokratisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen, und eine derartige gemeinsame Zielsetzung könnte das Prinzip eines Bündnisses der verschiedenen Fragmente sein. Damit das aber möglich werden kann, brauchen wir ein wesentlich breiter gefaßtes Demokratiekonzept als das, was gegenwärtig zur Verfügung steht.

Unser gegenwärtiges Demokratiekonzept ist zu begrenzt und hat im liberal-demokratischen Dialog viel von seinem Ausdruck verloren.⁴¹ Um es in ein Werkzeug umzuformen, das als Rahmen für einen neuen Sozialismus geeignet ist, ist es unbedingt erforderlich, es in einer Weise neu zu formulieren, die es uns erlaubt, nicht nur für echte Mitbestimmung der

Menschen bei allen Entscheidungen, die die Organisation des sozialen Lebens betreffen, sondern auch für eine wirkliche Gleichheit unter den Menschen, ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Klasse oder sexuellen Orientierung, einzutreten. Was die Offensive des liberalen Konservatismus betrifft, der eine rechte Neudefinition der herrschenden ideologischen Parameter gibt, ist es notwendig, mit einer starken ideologischen und politischen Offensive zu antworten, um demokratische Werte zu erhalten und zu verbreiten. Weil die Probleme, denen wir heute gegenüberstehen, nicht auf demokratische Auswüchse zurückzuführen sind – wie die Neokonservativen uns glauben machen möchten – sondern auf einen Mangel an Demokratie, werden sie auch nur mit mehr Demokratie gelöst.

Anmerkungen

- 1 Claus Offe, Notes on the Future of European Socialism and the State, in: *Kapitalistate*, No. 7, 1978, p. 33
- 2 James O'Connor, *The Fiscal Crisis of the State*, St. Martin's Press, New York, 1977.
- 3 Vgl. zum Beispiel Henry S. Kariel (ed.), *Frontiers of Democratic Theory* (New York, 1970) und Peter Bachrach / Morton S. Baratz, *Power and Poverty. Theory and Practice* (New York, Oxford University Press, 1970).
- 4 Alan Wolfe, *The Limits of Legitimacy*, New York, Free Press, 1977.
- 5 Die Gedanken dieser Gruppe, speziell ihrer deutschen Mitglieder sind dargestellt bei C.J. Friedrich, *The Political Thought of Neo-Liberalism*, American Political Science Review, 1955, pp. 509 - 525.
- 6 Friedrich Hayek, *The Constitution of Liberty*, Rotledge and Kegan Paul, London, 1960, p. 11.
- 7 ibidem.
- 8 Milton Friedman, *Capitalism and Freedom*, University of Chicago Press, 1962, p. 25.
- 9 Keith Joseph, *Conditions for Fuller Employment*, CPS, 1978, p. 20. Zitiert bei Andrew Gamble in einem sehr brauchbaren Artikel über die Soziale Marktwirtschaft und ihre Anhänger in Großbritannien: *The Free Economy and the Strong State*, in: *The Socialist Register*, 1979.
- 10 Willem Röpke, *A Human Economy*, quoted in Noël O'Sullivan, *Conservatism*, London, 1976, p. 139
- 11 Friedman, op. cit., p. 14.
- 12 C.B. Macpherson, *Democracy Theory*, Oxford University Press, 1973, p. 146.
- 13 Hayek, op. cit., p. 206
- 14 Hayek, *The Road to Serfdom*, Routledge and Kegan Paul, 1944, p. 14.
- 15 Andrew Gamble hat in dem o.g. Artikel (FN 9) die intellektuelle Unehrenhaftigkeit von Friedman gezeigt, der Nazi-Deutschland als totalitär bezeichnet trotz der Tatsache, daß das Regime mit der ökonomischen Freiheit des privaten Kapitals nicht in Konflikt kam.
- 16 Michel Crozier, Samuel P. Huntington and Joji Watanuki, *The Crisis of Democracy: A Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*, New York, University Press, 1975.
- 17 Daniel Bell, »On Meritocracy and Equality«, *The Public Interest*, Herbst 1972.
- 18 Irving Kristol, »About Equality«, *Commentary*, November 1972.
- 19 Samuel P. Huntington, »The Democratic Distemper«, *The Public Interest*, Bicentennial Edition, 1976.
- 20 Zitiert bei Pierre Dommergues »Les Etats-Unis à la recherche d'une nouvelle idéologie«, *Le Monde Diplomatique*, Août 1980.
- 21 Peter Steinfelds, *The Neoconservatives*, New York 1979.
- 22 Hayek, *Road to Serfdom*, p. 59 - 60; *Constitution of Liberty*, p. 231 - 233.

- 23 Charles Frankel, »The new egalitarianism and the old«, *Commentary*, September 1973.
- 24 Milton Friedman, *Free to Choose*, London 1980, p. 134
- 25 Alain de Benoist, *Les idées à l'endroit*, Paris 1979, p. 81.
- 26 Jean-François Kahn, »Ne pas se laisser prendre au piège des mots«, *Les Nouvelles littéraires*, 27. September 1979.
- 27 de Benoist, op. cit., p. 167 - 184.
- 28 Robert de Herte, Collectif du G.R.E.C.E., *Dix ans de combat culturel pour une renaissance*, Paris 1977.
- 29 Louis Pauwels, in: Maiatra, *Renaissance de l'Occident*, Paris 1979.
- 30 Friedman, *Capitalisme and Freedom*, p. 12.
- 31 Es ist interessant zu sehen, daß beispielsweise viele Themen aus der Reagan-Kampagne, die heute doch akzeptiert werden, als empörend empfunden wurden, als sie Goldwater 1964 zuerst formulierte.
- 32 Irving Cristol, »When virtue loses all her loveliness« – some reflection on capitalism and the »free society«, *The Public Interest*, No. 21, Fall 1970.
- 33 Zur Analyse dieses Prozesses in Großbritannien vgl. Stuart Hall u. a., *Policing the crises*, London, 1978; in den Vereinigten Staaten: Bertram Gross, *Friendly Facism*, New York, 1980; and Alan Crawford, *Thunder on the Right*, New York, 1980
- 34 Stuart Hall, *Marxism Today*, January 1979, p. 17 - 18.
- 35 *ibid.*, p. 18.
- 36 besonders bei Daniel Bell, *The Cultural Contradictions of Capitalism*, New York, 1978, und Irving Kristol, *On the Democratic Idea in America*, New York, 1972.
- 37 Linda Gordon und Allan Hunter, »Sex, Family an the New Right«, *Radical America*, November 1977.
- 38 Eine sehr gute Analyse über die Verflechtungen der Neuen Rechten in Amerika findet sich bei Alan Crawford, op. cit.
- 39 Tricia Davis und Catherine Hall, »The Forward Face of Feminism«, *Marxism Today*, October 1980, p. 15.
- 40 Die Schwierigkeiten, auf die Mrs. Thatcher bei der Durchführung einer monetaristischen Politik stößt und der anwachsende Widerstand der Massen gegen diese Politik führt z.Zt. zu einer Radikalisierung der Labour Party, die die Voraussetzungen für das Aufkommen eines völlig neuen Typs sozialistischer Politik in Großbritannien schaffen könnte. Andererseits zeigt der Mitterand-Sieg in Frankreich möglicherweise ein alternatives Lösungsmodell der Krise auf, das den konservativen Anspruch, den einzig möglichen Weg aus der Krise zu kennen, unterminieren und sich als mächtige ideologische Waffe gegen den Aufstieg der neuen Rechten erweisen könnte.
- 41 Man sollte Demokratie nicht auf einen formalen Mechanismus kollektiver Entscheidungen reduzieren, wie es Barty Hindess in seinem ansonsten sehr wichtigen Artikel in *Politics and Power I* tut. Wie Bob Jessop in seiner Kritik an Hindess (*Politics and Power II*) muß man sich auch im Kampf um die Nachfrage nach 'democratic subjects' engagieren. Aber dies macht ein neues Demokratie-konzept erforderlich, das dringend entwickelt werden muß.